

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpentige Zeit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 10. November.

Die Bourgeoisie fürchtet bekanntlich nicht mehr, als daß die Arbeiter zur Erkenntniß ihrer Klassenlage kommen könnten, d. h. zur Erkenntniß, daß ihre Interessen in Staat und Gesellschaft nur theilweise, vorzugsweise in politischer Beziehung, nemlich dem Absolutismus und den als privilegierten Ständen gegenüber, mit den Interessen der Bourgeoisie zusammenfallen, daß aber in andern, sehr wesentlichen, ja in den wesentlichsten Punkten die Interessen der Arbeit zu den Interessen des Kapitals, auf welchen die Bourgeoisie fußt, in schroffem Gegensatz stehen.

Wir haben in letzter Nummer einer aus Arbeiterkreisen, welche bisher der Schulze'schen Richtung huldigten, hervorgegangenen Manifestation erwähnt, und dabei bemerkt, wie ein starkes Hinneigen dieser Kreise zu unserer, der social-demokratischen, Anschauung unverkennbar sei.

Die unzweifelhaft hervorgetretene Thatsache hat denn auch nicht verfehlt, verschiedene Bourgeoisekreise in einige Aufregung und Entrüstung zu versetzen. Die „Berl. Ref.“ bringt in dieser Sache einen langen Leitartikel, dem wir Merkwürdigkeit halber einige Stellen entnehmen wollen. In Anknüpfung an das zu wählende „Norddeutsche Parlament“ wird gesagt:

Fassen nun unsere Arbeiter die ihnen zuzulassende Stellung zur Parlamentsfrage in's Auge, so müssen sie einsehen, daß eine große Verantwortung auf ihnen beruht, und daß es ihre Pflicht ist, sich volle Klarheit über die jetzige Lage der Dinge zu verschaffen. Sie werden sich sagen müssen, daß sie sich dabei der Einwirkung einseitiger Schlagworte der Parteien und Fraktionen zu entziehen und das große National-Interesse, das jetzt alle liberalen Parteien durchdringen muß, in's Auge zu fassen haben. Es kann ihnen nicht entgehen, daß sie als deutsche Bürger zu handeln haben, und daß sie ihr Bürger-Interesse nicht von dem Arbeiter-Interesse trennen dürfen, weil sie das letztere nur als deutsche Bürger erreichen können. Nicht als besondere Arbeiter-Partei können sie wirken und agitiren, dabei zersplittern sie sich zunächst selbst und schwächen die eigene Kraft, und in weiterer Konsequenz entsteht daraus leicht die Folge, daß die Menge, welche von ihnen Aufklärung empfangen soll, ihre an ihnen gemacht und Demagogen in die Hände getrieben wird, welche unter dem Schein der Sorge für das wahre Volkswohl für Machthaber wirken, denen sie sich indigebheim verkauft haben. — Die Arbeiter kennen derartige Erscheinungen ja aus dem Jahre 1848 zur Genüge, und die späteren Jahre haben ihnen gezeigt, wie viele von den damaligen Schreibern für das Volkswohl sich zu charakteristischen Söldlingen entpuppt und als Verräther an den Volksinteressen erwiesen haben.

Deshalb müssen, dünkt uns, die Arbeiter mißtrauisch gegen alle Agitationen sein, welche sie von dem allgemeinen Interesse ablenken und sie veranlassen wollen, sich als besondere Arbeiter-Partei zu constituiren und Sonder-Interessen zu verfolgen.

Es ist uns aus Nürnberg ein Aufruf an die Freunde,

Brüder, Arbeiter Deutschlands von dem Vorsitzenden des Zwölfer-Ausschusses deutscher Arbeitervereine, P. Staudinger, zugegangen, welcher uns mit großem Mißtrauen gegen die Absichten der süddeutschen Arbeiter erfüllt, weil wir darin neben großer politischer Unklarheit höchst unwahre, verderbliche Schlagworte und eine Sucht zum Aufbegehren der Arbeiter gegen die liberalen Parteien finden, aus denen nur zu deutlich die alte Begier nach der Bildung einer großen Arbeiterpartei hervorgeht, welche die Staatsgewalt und das Bürgerthum zugleich bekämpfen soll, um sich zum Herrn des Staates zu machen.

Den Arbeitern wird in dem Aufruf gesagt, daß sie sich über die Spaltung der Fortschrittspartei zu freuen haben, „weil es dieser niemals mit der Durchführung eines rationalen sozialen Programms Ernst war und ihre bisherigen Scheinexperimente nur die Furcht vor einer socialen Umwälzung waren, eine Furcht, von der sie sich seit der Neubefestigung des Militairstaates befreit fühlen.“

Welche niedrige, unmännliche Verdächtigung! Welche falsche, unrette Beurtheilung unserer Norddeutschen Zustände! Hätte nicht das geringste Nachdenken Herrn Staudinger sagen müssen, daß eine Partei, der Schulze-Deißlich noch jetzt angehört, und deren Entwicklung die tiefsten Grundprincipien des Deutschen Nationallebens in sich schließt, nicht auf solche leere, phrasenhafte Weise abgethan werden kann?

Der Artikel schließt dann mit folgenden Worten: Während ferner Herr Staudinger über den Zerfall der Fortschrittspartei jubelt, übergeht er die bestigige Spaltung, welche noch in den Arbeiterparteien herrscht, mit zarter Schonung. Er meint, es sei jetzt wohl kein Anlaß zu Spaltungen des Arbeiterstandes mehr vorhanden, und er könne sich nunmehr gegen den durch die Masse der Fortschrittler verstärkten Gegner wenden. Also der Stand als solcher soll sich gegen das Bürgerthum und die Staatsgewalt wenden; das ist der alte Klassenkampf, den jeder verständige Arbeiter als das verderblichste aller Principe, das die Geschichte längst verurtheilt hat, ansehen muß. Und dabei wird wieder von der Staatsgewalt gerühmt, daß die Staatsgewalt das allgemeine und direkte Wahlrecht anerkannt habe, während die Fortschrittspartei in den letzten Jahren nichts für die Arbeiter zur Geltung gebracht habe! Eine solche Verwirrung der Begriffe verurtheilt sich selbst.

In der That höchst bezeichnend! Den Arbeitern soll vorgeredet werden, daß sie gar keine anderen Interessen haben, als die Bourgeoisie; ihr Klassenbewußtsein, ihr Auftreten in Gemäßheit dieses Klassenbewußtseins wird als ein unerhörtes Verbrechen gegen die Volkssache verschrieen.

Aber ist denn wirklich kein Klassengegensatz vorhanden?

Sehen wir zu!

Wir erblicken auf der einen Seite Millionen von Menschen, welche ihre Arbeitskraft an Andere verkaufen müssen, und zwar verkaufen um ein Entgelt, welches nur zur Beschaffung der durchaus zum Lebensunterhalt erforderlichen Mittel ausreicht; wir sehen auf der andern Seite eine verhältnißmäßig geringe Anzahl solcher, welche darum, weil sie die Arbeit jener Ersteren kaufen konnten, den Ertrag dieser Arbeit für sich gewinnen, welche fortwährend die Arbeit jener Ersteren bloß darum ausbeuten können, weil sie, im Besitz der Vorbedingungen der

Arbeit, die Arbeitsfähigen in die Wahl zwischen Hunger oder Pohnschlaverei stellen konnten, wonach jene freilich sich der letzteren unterwerfen mußten. Wir sehen, mit Einem Wort, die Klasse der kapitallosen Arbeiter gegenüberstehen der Klasse der kapitalbesitzenden Unternehmer und nicht arbeitenden Zinsenbezieher, jene erstere Klasse in der schlechtesten, die zweite in der besten materiellen Lage. Dazwischen allerdings eine Mittelschicht von Leuten, die ihre Arbeitskraft durch einiges wenige eigene Kapital unterstützen können, welche Mittelschicht aber, in Gemäßheit der naturgemäßen Fortentwicklung der Industrie auf ihren jetzigen Grundlagen, immer mehr verschwindet.

Der Klassengegensatz ist also thatsächlich vorhanden, und in Folge dessen sind auch thatsächlich die Interessen verschiedene, ja entgegengesetzte. Die Kapitalistenklasse muß wünschen, daß die bisherigen, die Ausbeutung der Arbeit ermöglichenden Grundlagen der Production fortbestehen; die Arbeiterklasse muß im Gegentheil wünschen, daß diese Grundlagen im Interesse des Rechtes der Arbeit verändert werden.

Aber freilich, hier haben wir ja das von der „Berl. Ref.“ so schwer getadelte, gefährliche Schlagwort! In jenem Erlaß ist ja von bisherigen Anhängern Schulze's eine Umänderung der Productionsgrundlagen verlangt worden.

Es konnte nicht anders kommen — es muß überall so kommen, wo die Arbeiter überhaupt ihre Klassenlage erkannt haben.

Wo aber Klassengegensätze vorhanden sind, da kann es nicht verwerflich sein, sie offen auszusprechen und auf eine Abänderung des Mißstandes zu dringen.

Darum wird allerdings die Arbeiterpartei in Deutschland sich fortwährend kräftigen — darum werden allerdings, trotz der „Berl. Ref.“, trotz allen Aergers der Bourgeoisie, bei politischen Wahlen immer mehr die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten wählen und in Gemäßheit ihrer eigenen Interessen vorgehen.

Bezeichnend aber bleibt es, mit welcher Aufregung von der „liberalen“ Bourgeoisie jedes Anzeichen, daß die Arbeiter auf eigenen Füßen stehen wollen, aufgenommen wird.

Noch etwas anderes aber ist — und nicht minder! — charakteristisch.

Es sind die Mittel, mit denen die liberale Bourgeoisie kämpft.

Man wird bemerkt haben, daß die „Berl. Ref.“ Jeden, der die Arbeiterinteressen vertritt, ja im Voraus Beden, der sie noch vertreten könnte, als erkauftes Werkzeug der Reaction hinstellt.

Wir kennen das zur Genüge und solche Anfeindungen erregen in den Kreisen der Unsern schon längst nur noch Heiterkeit. Aber wie erbärmlich muß es um eine Sache stehen, die im Voraus zu so elenden und feigen Kampfmitteln greifen muß! —

In den deutschen Angelegenheiten haben wir unsere Aufmerksamkeit zuvörderst den schon gemeldeten in Süddeutschland neuerdings aufgetauchten, aber glücklicher Weise aussichtslosen Bemühungen zuzuwenden, welche auf das Zustandekommen eines „Südbundes“ gerichtet sind. Zu den Nachrichten über die auf den 11. d. festgesetzte Versammlung süddeutscher Politiker in Stuttgart bemerkt eins der verbissensten Organe jener sogenannten Volkspartei, daß die Idee der projectirten Verbindung (denn nur eine solche sei zunächst in Aussicht genommen) nicht unmittelbar von württembergischen Kammermitgliedern ausgegangen sei. Die Anregung sei vielmehr aus Baden, speciell aus Heidelberg gekommen. Die „Augsb. Abdtg.“ mache eine Reihe von Männern namhaft, welche „die Einladung“ zur gedachten „Versammlung“ unterzeichnet hätten. Dem sei aber nicht so. Die Liste des Augsburger Blattes bezeichne nur zunächst Namen solcher Männer, „welche ihre Zustimmung zur Verbindung ertheilt haben“; eine Einladungsschrift im Sinne eines sonst gewöhnlichen Programms sei nicht abgefaßt, auch sei es vor der Besprechung jedenfalls durchaus verfrüht, die einzelnen Zielpunkte abgegrenzt bestimmen zu wollen. Dazu kommt nun noch, daß der Präsident der zweiten bayrischen Kammer, Prof. Bözl, der unter den bezeichneten Namen u. A. als Einladender fungirt, in der „Augsb. Abdtg.“ nunmehr erklärt hat, daß, „wie er die Dinge heute ansehe“, er glaube, sich nicht an der Versammlung betheiligen zu können. Ebenso erklärt Protector Higinz aus Heidelberg im „Fikt. Journal“, er habe nicht eingeladen, werde auch nicht in der Versammlung erscheinen. Und so will es uns denn bedünken, als ob diese Sache schon in ihrem ersten Vorbereitungsstadium von dem Mißgeschick begleitet werden solle, welches sich mit zwingender Nothwendigkeit aus ihrer innersten Beschaffenheit ergibt und welches man im Interesse einer ruhigen, gesicherten Entwicklung des gesamtdeutschen Zukunftsstaates nicht bedauern kann, sondern lebhaft wünschen muß. Gleichzeitig kann man mit Befriedigung einen gewissen Umschwung in der Haltung derjenigen preussischen Organe wahrnehmen, welche mehr oder minder der Regierung nahe stehen. So hat die „Kreuztg.“ bereits in mehreren Artikeln ihren spezifisch preussischen Standpunkt in der deutschen Frage wenn auch noch nicht ganz ausgegeben, so doch sehr gemildert und wünscht, daß Alles gethan werde, um den baldigsten

Anschluß der Südstaaten an den Norddeutschen Bund zu ermöglichen. Aehnlich stellt auch die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“ allerneuesten Datums den Bestrebungen der Anschließpartei in den süddeutschen Kammern warme Anerkennung. Nur, meint sie, sollen sie nicht fürchten, daß, wenn die Vereinigung mit dem Norden sich nicht sofort vollziehe, dann im Süden ein neuer Rheinbund entstehen könne; die Macht des Nationalitätsprinzips bürge dafür, daß ein solcher sich nicht wiederholen werde. Wenn politische Erwägungen einen engen Anschluß Norddeutschlands für den Augenblick im Interesse Süddeutschlands selbst verzögern möchten, so könne derselbe immerhin nur „eine Frage der Zeit“ sein. Das Blatt sagt am Schluß eines solchen Artikels:

Jene patriotischen Männer Baierns und Badens mögen in ihrer wahrhaft deutschen Haltung selbst, die wir, von allen sonstigen Differenzen abgesehen, aufrichtig anerkennen, die beste Bürgschaft gegen die Unmöglichkeit der Wiederverkehr der Zustände von 1806 finden. Sie mögen gerade in dem Umstände, daß die Regierung Preußens, dessen Herrscher gelobte, seinen Fuß breit deutschen Landes abtreten zu lassen, mit der engeren Vereinigung mit dem Süden noch zögern kann, die gewissste Bürgschaft erblicken, daß diesmal keine Gefahr im Verzuge ist.

Zur Entkräftung der Gerüchte über neue Allianzen Preußens schreibt ein offiziöser Correspondent der Augsburger „A. Ztg.“ von hier, die Allianzen, welche Preußen mit europäischen Mächten bei gegebener Gelegenheit eingehen könnte, seien durch die in den jüngsten Tagen in den Zeitungen auftauchenden Gerüchte gleichsam „anticipirt“, denn die Combinationen hätten fast alle Möglichkeiten erschöpft. Eine Allianz zwischen Preußen und Schweden gegen Rußland habe der „Globe“ vom 26. October gelohnt, von der beabsichtigten Verbindung Preußens mit Dänemark durch dessen Aufnahme in den deutschen Bund dasselbe Blatt vom 29. October zu erzählen gewußt, dann sei eine Allianz Preußens mit Oesterreich und Frankreich gegen Rußland, wie der „Allg. Ztg.“ aus Konstantinopel unter dem 23. October berichtet wurde, gekommen, und zuletzt habe die französische „Presse“ vom 31. October in einem gut stylisirten Sensationsartikel versichert: „die Allianz zwischen Preußen und Rußland ist eine vollendete Thatsache.“ Der Officiöse meint, Preußen werde niemals auf jenen Irrweg in der Politik zurückkehren, Allianzen zur Begegnung von Ereignissen der Zukunft abzuschließen und seine Kraft im voraus fremden Mächten zur Verfügung zu stellen. Ein Bündniß der Kabinette von Berlin und St. Petersburg würde zur Coalition Oesterreichs, Frankreichs und Englands führen. Welchen Gewinn hätte Preußen

von dieser Verbindung? Das französische Blatt finde ihn in der Zulassung der norddeutschen Annexionen von Seiten Rußlands und verschweige, daß die Nikolsburger Präliminarien durch Frankreichs Vermittelung zu Stande gekommen seien. War dies der Fall, so hätte Preußen keiner Verpflichtungen gegen Rußland für kommende Ereignisse bedurft. — In Betreff der innern Politik Oesterreichs müssen wir uns, wie in Folge Mangels an Raum in unserer heutigen Rundschau überhaupt, möglichst kurz fassen und darauf beschränken, nur der Reformen im Heerwesen zu gedenken, welche nach einem Artikel der „Abendpost“ in Aussicht stehen. Dieselben sollen sich auf die nachfolgenden Punkte erstrecken: Allgemeine Wehrpflicht, Bewaffnung der Armee mit Hinterladungsgewehren, ein neues Verrechnungssystem, Vereinfachungen im Militärgebürensystem und in den Verwaltungsvorschriften, beschleunigte Controle im Rechnungswesen, Verbesserung der Bildungsanstalten, Errichtung von Offizierschulen, strenge Prüfungen der Offiziers- und Stabsoffiziersaspiranten, ein neues Beförderungsgesetz, Änderungen in der Organisation des Generalstabes, Reform der Strafgesetzgebung, Erleichterung des Staatschahes durch bedeutende Verminderung des Stabes, besondere Verordnungen über Beurlaubungen und Disponibilität. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ meinte vor einigen Tagen, es sei zweifelhaft, ob bei den eigenthümlichen Bevölkerungsverhältnissen in Oesterreich alle beabsichtigten Reformen sich in der Praxis ausführbar zeigen werden. Die allgemeine Wehrpflicht werde ohne Zweifel in einigen Provinzen, namentlich in Ungarn, wo bis zum Jahre 1848 die freie Werbung bestand, auf Schwierigkeiten stoßen und jedes neue Beförderungsgesetz würde in dem ausschließlich an die Regel der Anciennetät gewöhnten Offizierskorps viel Aergerniß bereiten. Erst eine neue Generation könnte sich in die neu zu schaffenden Verhältnisse gehörig hineinleben; bei der gegenwärtigen würden die reformatorischen Absichten der Regierung so wenig Weisfall finden, wie er dem politischen Reformprogramm zu Theil geworden sei. Die Journale aller Färbungen hätten sich mit den Intentionen des Ministeriums nicht zufrieden erklärt, und nicht einmal die ungarfreundlichen Zeitungen hätten ein Wort des Dankes für die bedeutame Rolle gehabt, welche das Kabinett dem ungarischen Landtage zugebracht hat.

Die Gerüchte, welche den Abschluß eines Vertrags zwischen Preußen und Holland in der Luxemburger Angelegenheit melden, entbehren jeder Begründung. Preußen verhandelt darüber im Haag gar nicht, wie denn alle auf die Entwicklung des

Feuilleton.

„Kaffee für's Volk.“

Zu Paris fand am 27. October d. J. folgende Gerichtsverhandlung statt:

Die Kaffeefabrikanten Gebrüder Bankeenkisse, Rue des Bains No. 123, sind vor das Justizpolizeigericht geladen, um sich wegen Irreführung des Publikums durch Marktstreiterei über Unübertrefflichkeit ihrer Volkskaffee-Mixtur zu rechtfertigen.

Die Annoncen, Affischen und Biquetten liegen bei den Voruntersuchungs-Akten und der Präsident verwendet sie als Beweis-Übersetzungsmittel. Sie tragen mit Riesentener die Ueberschrift: „Einladung an Rückfrühstück-Liebhaber“, dann kommt folgender Anschauungs-Unterricht in bildlicher Form:

Ein Mann im eleganten Schlafrock schlürft mit dem höchsten Behagen die Volkskaffee-Mixtur und ruft entzückt: O, wie delicia! Ein Kammermädchen trägt auf einer silbernen Tasse eine dampfende Flüssigkeit und servirt sie mit dem Ausrufe: Welch herrliches Aroma!

Auf anderen Plakaten sieht man einen ungeheuren Kessel mit schwarzem Koffalasse; ein veritabler Teufel stößt mit einer Hengabel eine Menge unglücklicher Kaffee-trinker in den Kessel.

Nach den Intentionen des Malers sollen sie alle darin umkommen unter den Wirkungen des schleichenden Giftes. Gegenüber dem Teufel (dem Kalodaimon des arabischen Kaffee's) steht ein Schutzengel (der Erfinder der Volkskaffee-Mixtur); er zieht die Unglücklichen, dem Tode Geweihten aus dem Kaffeekeffel und wirft sie losyüber in ein schönes glückliches Land, wo sie fett und blühend werden, weil sie nur die Kaffee-Mixtur des Hau-

ses Gebrüder Bankeenkisse trinken. Darunter stehen die wunderbaren Verse:

Le café, ce nectar venu de l'empyrée
De son suc excitant irrite les mortels,
Quand, pour le tempérer, sa soeur la chicorée
Vient et leurs doux parfums embaument les hotels.
In vernünftigen Deutsch ungefähr: „Der Kaffee, jener Nectar, aus dem Elysium stammend, regt mit seinem prickelnden Saft die Sterblichen auf, als, ihn zu mäßigen, die Chicorie kam und alsbald balsamischer Duft die Paläste durchzog.“

Die gerichtliche Expertise hat sichergestellt, daß die Firma Gebrüder Bankeenkisse zur Colmirung der aufgeregten Gemüther Frankreichs folgendes Recept für zureichend hält: Recept: echten Kaffeeley aus Frauenkloßern, gerösteten Weizen, gebrannten Candiszucker und Chicorie, und nenne es: Kaffee-Mixtur von Gebrüder Bankeenkisse, alle Morgen zwei Kinderlöffel voll.

Präs. (zum Angellagten, Chef der Firma): Der Kunstbefund ist nicht zur Ehre Ihres Fabrikates angefallen; er sagt uns, daß die Wirkung Ihrer Kaffee-Mixtur gleich Null ist und daß ein Extrakt aus Sägespänen an Geschmack, Kraft und Aroma Ihrer Kaffee-Mixtur vollständig gleichkäme. Ihre Annoncen waren im schreienden Widerspruch mit diesem Kunstbefund und auf offensbare Irreführung des Publikums gerichtet.

Angell.: Ueber den Geschmack ist nicht zu streiten; was aber die Kraft, das Aroma uneres Fabrikats anbelangt, so erfordert die Gesundheit der Mitbürger und eine merkantill wohlberednete Fabrikleistung eine nähere Würdigung.

Präs.: Sie sagen in Ihren Annoncen, daß Sie Ihren Kaffeeley aus den größten Establishments, und insbesondere aus dem „Invaliden-Palaste und dem Kloster der Frommen Schwestern der Armen“ beziehen.

Es ist das als unrichtig nachgewiesen und wurde insbesondere erhoben, daß die Frommen Schwestern ihren Kaffeeley für ihre Pensionärinnen selbst verwenden.

Der Berthädiger Dr. Boletot: Hier liegt ein Mißverständnis vor, Herr Präsident, ein reines Mißverständnis. Die Annoncen meiner Klienten sagen nicht, daß sie ihren Kaffeeley von den Frommen Schwestern beziehen, sondern bloß, daß sie ihn aus denselben Quellen beziehen, wie die Frommen Schwestern, welche bekanntlich nur den allerbesten Kaffee trinken, stark und gut genug, daß sie selbst noch den Saft für ihre Pensionärinnen verwenden können. Uebrigens ist die Täuschung des Publikums eben keine arge, denn während ein Kilogramm guten echten Kaffees, wie ihn die Invaliden des Kaiserreichs und die Frommen Schwestern trinken, notorisch drei Francs kostet, haben meine Klienten das Kilogramm um nur Einen Franc verkauft. Ich gebe zu, daß die Annoncen und Affischen der Angellagten etwas hyperbolisch und undeutlich sind, das kann jedoch leicht geändert werden, da ja selbst Ministerial Rundschriften, wenn sie an gleichen Gebrechen leiden und das Publikum irreführen könnten, derartigen Modifikationen unterzogen werden.

Präs.: Der Gerichtshof kann eine solche Parallele zwischen marktstreitereien, auf absichtliche Ueberschätzung des Publikums gerichteten Kaffee-Mixtur-Ankündigungen und Manifestationen einer volkfreundlichen wohlwollenden Regierung nicht zulassen. Er wird übrigens die Umstände würdigen; er will indulgent sein, erwartet jedoch die sofortige Aenderung in der Redaction der Fabrik's-Manifeste. (Geiterkeit im Auditorium.)

Die „Umstände“ sind denn auch sehr indulgent „gewürdigt“ worden, die Parallele hat ihre gute Wirkung gehabt, die Strafe ist nur eine Geldbuße von 25 Francs für jeden der beiden Chefs der Volkskaffee-Fabrik.